

Vortrag an den Ministerrat

Bericht zum „informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister“ am 28. und 29. August 2019 in Helsinki

Von 28. bis 29. August 2019 fand in Helsinki ein „informelles Treffen der EU-Verteidigungsminister“ statt.

Im Rahmen eines gemeinsamen Arbeitssessens am Abend des 28. August wurde das Thema künstliche Intelligenz behandelt, wobei die stellvertretende NATO-Generalsekretärin, Rose Gottemoeller, und der stellvertretende UN-Generalsekretär für Peacekeeping, Jean-Pierre Lacroix, u.a. die Teilnehmer über die Aktivitäten ihrer Organisationen informierten. Auch Mitglieder des Global Tech Panels, welches Führungskräfte aus den Bereichen Technologie, Zivilgesellschaft und Diplomatie vereint, nahmen an der Diskussion teil und hielten kurze Präsentationen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Einsatz neuer Technologien, einschließlich des Einsatzes künstlicher Intelligenz (KI).

Klare Forderungen nach einer fortgesetzten und verstärkten Koordinierungsrolle der EU gab es insbesondere hinsichtlich der Diskussionen und Verhandlungen über globale ethische und rechtliche Rahmenbedingungen im Kontext der UN. Festgestellt wurde, dass KI mit unglaublicher Geschwindigkeit zunimmt und der Aufbau stärkerer Abwehrsysteme gegen Cyberangriffe bereits positiv zur Sicherheit beiträgt. In diesem Bereich fehlt es jedoch an einer Rechtsgrundlage, da Konflikte mit Waffensystemen, die mit künstlicher Intelligenz ausgestattet sind, nicht mit bewaffneten Konflikten vergleichbar sind.

Auch die UN-Expertengruppe für autonome Waffensysteme (Lethal Autonomous Weapon Systems / LAWS), die seit mehr als fünf Jahren im Einsatz ist, konnte keine ordnungsgemäße Bewertung der Anforderungen zur Einhaltung des geltenden Rechts liefern. Uneinigkeit bestand vor allem darüber, ob und wie der Umgang mit diesen Waffen geregelt bzw. verboten werden sollte. Einige Mitgliedstaaten forderten ein umfassendes Verbot von LAWS („Verbot von Killerrobotern“) sowie eine Verlagerung der LAWS-Debatte aus den Vereinten Nationen in einen separaten Prozess, angelehnt an den Ottawa-Prozess für Antipersonen-Minen. Deutschland teilte mit, während seiner EU-Ratspräsidentschaft einen Gesetzgebungsvorschlag im Bereich LAWS vorlegen zu wollen.

Die erste Arbeitssitzung am 29. August 2019 war dem Thema „Klima und Verteidigung“ gewidmet. Dabei waren sich die Minister einig, dass die Zusammenarbeit in diesem Bereich vor allem mit den UN und der NATO vorangetrieben werden muss. Auch die Hohe Vertreterin

Mogherini kam zu dem Schluss, dass die relevanten Stellen im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) ein Reflexionspapier erarbeiten sollen. Dieses soll darstellen, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten koordiniert ihre Bemühungen intensivieren können. Weiters bemerkte die Hohe Vertreterin Mogherini, dass die EU bereits konkrete Schritte unternommen habe, um den Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator anzuerkennen, der – wenn entsprechende Maßnahmen nicht getätigt werden – zu einer Abwärtsspirale von Fragilität und Konflikten beitragen wird. Auch der Verteidigungssektor könne die multilateralen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels verstärken. Das Thema verdiene konkrete Weiterverfolgung und kontinuierliche politische Aufmerksamkeit. Der Prozess dazu soll im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) eingeleitet werden.

Die zweite Arbeitssitzung befasste sich hauptsächlich mit der kürzlich gestarteten Initiative „Coordinated Maritime Presences“. Das grundsätzliche Konzept und die Unterstützung des EAD zur Ausarbeitung der Details im Golf von Guinea wurden allgemein begrüßt. Die Lessons Learned sollen helfen, das Konzept für eine breitere Anwendung auf andere geografische Gebieten weiter zu definieren; Arbeitsgruppen (Politisch-militärische Angelegenheiten – PMG und Militärstab – EUMS) werden in Kürze ihre Empfehlungen zum Konzept abschließen.

Das Mittagessen, an dem auch die EU-Außenminister teilnahmen, beschäftigte sich mit den Ergebnissen verschiedener szenariobasierter Diskussionen über hybride Bedrohungen, die im Juli in Helsinki stattgefunden haben. Diesbezüglich begrüßten die Verteidigungs- und Außenminister die szenariobasierten Diskussionen. Interesse bestand auch darin, Diskussionen künftig breiter, auch auf Ebene anderer Fachminister, zu organisieren. Ein in diesem Kontext von Frankreich erstelltes Food-For-Thought Papier könnte als Grundlage für Diskussionen auf Ebene des PSK dienen. Darüber hinaus bestand Konsens, die Anwendung des Artikel 42 Absatz 7 EUV (Beistandsklausel) und von Art. 222 AEUV (Solidaritätsklausel) weiter zu erörtern.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

19. September 2019

Mag. Thomas Starlinger
Bundesminister